

**II-3364 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

**Nr. 1650 J**

**1985-10-24**

**A N F R A G E**

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Cap  
und Genossen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
betreffend die Haltung Österreichs zur Frage des Nicht-Erst-Einsatzes  
("no first use") von Kernwaffen durch die Nuklearmächte

Die Frage der Verpflichtung der Nuklearmächte zum Nicht-Erst-Einsatz  
von Kernwaffen ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema  
der internationalen Rüstungskontrolldiskussion geworden.

Während zwei der großen Nuklearmächte bei der Zweiten Sonder-  
Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung eine  
solche Verpflichtungserklärung vorläufig in einseitiger Form  
abgegeben haben, hält zumindest eines der großen Bündnissysteme  
an der Möglichkeit eines Erst-Einsatzes von Kernwaffen als Teil  
seiner Verteidigungsdoktrin - vor allem als Reaktion auf die  
konventionelle Überlegenheit der anderen Seite - fest.

Die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Erst-Einsatzdoktrin ist  
aber vor allem auch in westlichen Staaten in letzter Zeit Gegen-  
stand zunehmender Kritik. Diese geht u.a. von Persönlichkeiten  
wie dem früheren amerikanischen Verteidigungsminister und  
späteren Präsidenten der Weltbank Robert McNamara, dem früheren  
amerikanischen Außenminister Cyrus Vance und dem Sicherheits-  
berater Präsident Kennedy's McGeorge Bundy aus. Wesentliche  
Argumente gegen die Erst-Einsatzdoktrin faßt auch der inter-  
national stark beachtete Bericht der PALME-Kommission zusammen.

Selbst wenn man - wie manche Kritiker - davon ausgeht, daß die  
Beobachtung eines Ersteinsatzverzichtes der Kernwaffenstaaten -  
nur schwer "verifizierbar" wäre, käme einer solchen, vor allem

- 2 -

in gegenseitig verbindlicher Form abgegebenen Verzichtserklärung doch eine erhebliche Wirkung im Bereich der politischen Vertrauensbildung zu. Aufbauend auf dem Vertrauen, das durch eine solche Verpflichtung geschaffen würde, könnten sodann konkrete, über das deklaratorische hinausgehende Rüstungskontrollmaßnahmen abgeschlossen werden.

Diese Überlegungen haben eine wachsende Zahl von Staaten - darunter auch die Mehrzahl der europäischen Neutralen - veranlasst, in den Vereinten Nationen für eine Resolution zu stimmen, die den Verzicht auf den Erst-Einsatz von Kernwaffen fordert.

Angesichts dieser Umstände richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die nachfolgende

A n f r a g e:

1. Wie hat sich Österreich bei den bisherigen Abstimmungen über Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Frage des Erst-Einsatzes verhalten?
2. Von welchen Überlegungen war dieses Abstimmungsverhalten Österreichs bestimmt?
3. Wird das Abstimmungsverhalten Österreichs zu einer entsprechenden Resolution im Rahmen der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen Gegenstand neuerlicher Überlegungen, insbesondere im Hinblick auf die Haltung anderer neutraler Staaten sowie die Bedeutung dieser Frage auch im Rahmen der KVAE von Stockholm gemacht werden?